

Zu dieser Zeitschrift

Diese Zeitschrift – seit über 50 Jahren mit dem Titel „Gegenwartskunde“ – hat ihren Namen modifiziert: Der neue Name lautet: „Gesellschaft – Wirtschaft – Politik“ (GWP) und definiert die Zielsetzung der Zeitschrift durch den Untertitel „Sozialwissenschaften für politische Bildung“.

Wozu diese Änderung? Sie bedeutet auf den ersten Blick Verzicht auf eine „eingeführte Handelsmarke“. Stattdessen präzisieren nüchterne Begriffe eine Zielsetzung, die sich ja nicht ändern soll. Wozu also?

Es geht um zweierlei: Es geht zum Einen um das Versprechen an Leserinnen und Leser, einen bestimmten Programmrahmen auszufüllen, diesen Rahmen quasi „einklagbar“ zu machen. Zum Beispiel wird die traditionelle Kompetenz der „alten“ Gegenwartskunde beim Thema „Wirtschaft“ durch den neuen Titel zum gleichrangigen Programmschwerpunkt neben „Gesellschaft“ und „Politik“. Und gerade beim Thema „Wirtschaft“ greift die Zeitschrift deutlich und entschieden in die aktuelle Diskussion um das Phantom eines neuen Unterrichtsfaches ein.

Und zum Zweiten geht es um die Bedeutung der Zeitschrift für die politische Bildung. „Gegenwartskunde“ hatte sich zu einem führenden Informationsmedium der politischen Bildung in Schule, Hochschule und Öffentlichkeit entwickelt. Mit dem neuen Titel „Gesellschaft – Wirtschaft – Politik“ wird stärker als zuvor signalisiert, dass die Zeitschrift ja nicht nur „nach Innen“, nämlich für Fachleute der politischen Bildung, arbeitet. Sie ist selber ein Teil der politischen Bildung in Deutschland, sie repräsentiert diese, sie ist Teil ihrer Außendarstellung. Und hier erscheint es uns erforderlich, die Zeitschrift wie die gesamte politische Bildung aus dem vermeintlichen Elfenbeinturm pädagogischer Fachlichkeit herauszuholen und sie auch begrifflich für die Öffentlichkeit kompatibel zu machen. Mit dieser Öffentlichkeit meinen wir

1. Die Fachwissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft) als Autoren- und als Multiplikatorenpotential;
2. die politische Öffentlichkeit, in erster Linie vertreten durch die Medien.

Eine überzeugende Außendarstellung hat die politische Bildung bitter nötig. Die Auszehrung der Personalmittel für die Schulen bedroht die Reste an Fachlehrerkapazität für den politischen Unterricht, und ähnlich steht es in der Erwachsenenbildung. Trotz – oder gerade wegen? – permanenten Streits über Militäreinsätze, Rechtsradikalismus, Einwanderung und Asyl sowie ökonomischer Stagnation geht die politische Sensibilität und damit das Interesse an politischer Bildung verloren. Massiver Interessendruck sucht dies durch ein Wirtschaftswissen zu ersetzen, das auf kritisches Bewußtsein verzichten kann. Die großen Medien scheinen das darin liegende gesellschaftliche Problem nicht wahrzunehmen; sie erkennen allenfalls fachinterne Diskussionen.

Die Titeländerung – weg vom vertrauten, aber auf Insider begrenzten Wortbild „Gegenwartskunde“, hin zum allgemein verständlichen „Gesellschaft – Wirtschaft – Politik“ soll der Zeitschrift raschere Wahrnehmung auch bei jenen verschaffen, die mit der politischen Bildung weniger zu tun haben (oder glauben, weniger damit zu tun zu haben). ProfessorIn X (fachliche Kapazität) und RedakteurIn Y. (Medienkompetenz) sollen nicht hinter dem Schlüsselbegriff „Gegenwartskunde“ pädagogische Interna vermuten – und für irrelevant definieren, sondern sich von „Gesellschaft – Wirtschaft – Politik“ direkt angesprochen verstehen. Sie sollen darin bzw. darüber schreiben. Und schließlich: Die/Der Abgeordnete Z. erkennt politische Bildung als ein Projekt, das die gesamte Gesellschaft angeht.

So ist es gemeint, und der nachfolgende Beitrag von Hans-Hermann Hartwich zeigt, wie GWP in die Diskussion hinein geht.

Der Verleger

Die Herausgeber